
S 34 R 102/18 ZV

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz – Glaubhaftmachung der Höhe von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Jahresendprämie – Glaubhaftmachung – Mindesthöhe
Leitsätze	Nach Ausschöpfung aller im konkreten Einzelfall gebotenen Ermittlungen kommt in Konstellationen der Glaubhaftmachung des Zuflusses von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien die Glaubhaftmachung von Jahresendprämien in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes des einzelnen Beschäftigten in Betracht. Dies gilt nur für die Zeit von Juli 1968 bis Dezember 1982 und damit für die Planjahre von 1968 bis 1982
Normenkette	AAÜG §§ 5 Abs. 1 Satz 1, 6 Abs. 1, 6 Abs. 6 , SGB X § 23 Abs. 1 Satz 2 , SGG § 128 Abs. 1 Satz 2

1. Instanz

Aktenzeichen	S 34 R 102/18 ZV
Datum	30.03.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 R 186/22 ZV
Datum	06.10.2022

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Â
Â
Â
Â

Â
Â

Â

1. Auf die Berufung des KlÃ¤gers wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 30. MÃ¤rz 2022 abgeÃ¤ndert. Die Beklagte wird, unter Aufhebung des Ã¼berprÃ¼fungsablehnungsbescheides vom 18. Januar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. Dezember 2017, verurteilt, den Feststellungsbescheid vom 20. September 2001 in der Fassung des ErgÃ¤nzungsbescheides vom 9. Februar 2016 dahingehend abzuÃ¤ndern, dass fÃ¼r die Jahre 1977 bis 1983 weitere Arbeitsentgelte des KlÃ¤gers wegen zu berÃ¼cksichtigender JahresendprÃ¤mienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusÃ¤tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe wie folgt festzustellen sind:

FÃ¼r das Jahr:Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â

1977	209,14 Mark
1978	236,43 Mark
1979	250,07 Mark
1980	233,39 Mark
1981	267,23 Mark
1982	254,68 Mark
1983	290,21 Mark

Â

Im Ã¼brigen wird die Berufung zurÃ¼ckgewiesen.

Â

2. Die Beklagte erstattet dem KlÃ¤ger dessen notwendige auÃgerichtliche Kosten zu vier FÃ¼nfteln.

Â

3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand:

Â

Die Beteiligten streiten im Rahmen eines Überprüfungsverfahrens und im Berufungsverfahren nur noch über die Verpflichtung der Beklagten weitere Entgelte des Klägers für Zeiten der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz für die Jahre 1977 bis 1983 (Zuflussjahre) in Form von Jahresendprämien festzustellen.

Ä

Der 1950 geborene Kläger ist, nach erfolgreichem Abschluss eines im Zeitraum von September 1970 bis Februar 1975 absolvierten Fachschulstudiums in der Fachrichtung Feinwerktechnik an der Ingenieurschule für Feinwerktechnik Z., seit 20. Februar 1975 berechtigt, die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ zu führen. Er war vom 1. März 1975 bis 30. Juni 1990 (sowie darüber hinaus) als Ingenieur für Neuererwesen und Gruppenleiter Rationalisierungsmittelbau im volkseigenen Betrieb (VEB) Transformatoren- und Röntgenwerk „X“. beschäftigt. Er erhielt zu Zeiten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) keine Versorgungszusage und war nicht in ein Zusatzversorgungssystem der Anlage 1 zum Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) einbezogen.

Ä

Am 6. Januar 2000 beantragte der Kläger die Überführung von Zusatzversorgungsanwartschaften und legte eine Entgeltbescheinigung der Maschinenbau V. GmbH vom 17. Dezember 1999 (für den Beschäftigungszeitraum vom 1. März 1975 bis 30. Juni 1990) vor. Mit Bescheid vom 20. September 2001 stellte die Beklagte die Beschäftigungszeiten des Klägers vom 1. März 1975 bis 21. Januar 1979 und vom 27. Juni 1979 bis 30. Juni 1990 als „nachgewiesene Zeiten“ der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz (= Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum AAÜG) sowie die in diesen Zeiträumen erzielten Arbeitsentgelte, auf der Grundlage der Entgeltbescheinigung der Maschinenbau V. GmbH vom 17. Dezember 1999, fest.

Ä

Mit Überprüfungsantrag vom 25. November 2015 (Eingang bei der Beklagten am 27. November 2015) begehrte der Kläger die Berücksichtigung von Jahresendprämien in Höhe von 70 Prozent des Entgelts des vorangegangenen Kalenderjahres bei den festgestellten Arbeitsentgelten als glaubhaft gemachte Entgelte. Zur Glaubhaftmachung reichte er eine schriftliche Erklärung des Zeugen W. vom 6. November 2015 vor, wonach der Kläger vom Betrieb jährlich Jahresendprämien ausgezahlt erhielt.

Ä

Den Überprüfungsantrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 18. Januar 2016 ab.

Â

Hiergegen legte der Kl ager mit Schreiben vom 26. Januar 2016 (Eingang bei der Beklagten am 29. Januar 2016) Widerspruch ein und begehrte weiterhin die Anerkennung von Jahresendpr emien auf der Grundlage der Glaubhaftmachung.

Â

Mit Erg anzungsbescheid vom 9. Februar 2016 (zum Feststellungsbescheid vom 20.Â September 2001) stellte die Beklagte, die Anwendbarkeit von Â§ 1 AA G fest. Mit Schreiben vom 3. August 2017 fragte die Beklagte beim Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden nach dem Vorliegen von Jahresendpr emiennachweisen zum Kl ager an. Mit Schreiben vom 15.Â August 2017 teilte das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden mit, dass personalbezogene Lohn- oder Pr emiennachweise zum Kl ager nicht vorliegen und übersandte Auszüge aus den Betriebskollektivvertr agen des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk   Y  .   X  . aus den Jahren 1981 und 1988.

Â

Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 27. Dezember 2017 als unbegründet zurück. Zur Begründung führte sie aus: Der Zufluss und die Höhe der begehrten weiteren Arbeitsentgelte in Form von Jahresendpr emien sei weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht worden. Die Höhe der Jahresendpr emien des Einzelnen sei von einer Vielzahl von Faktoren abhängig gewesen, die heute ohne entsprechende Unterlagen nicht mehr nachvollzogen werden könnten. Eine pauschale Berücksichtigung der Pr emien könne daher nicht erfolgen. Die allgemeinen Zeugenerkl rungen seien nicht ausreichend.

Â

Hiergegen erhob der Kl ager am 18. Januar 2018 Klage zum Sozialgericht Dresden und begehrte die Berücksichtigung von Jahresendpr emien als glaubhaft gemachte Entgelte, zunächst für die Zuflussjahre 1977 bis 1990, später nur noch für die Zuflussjahre 1977 bis 1983 in einer Mindesthöhe.

Â

Das Sozialgericht Dresden hat die Klage   nach Einholung einer schriftlichen Erklärung des Zeugen W  . vom 27. September 2021   mit Gerichtsbescheid vom 30. März 2022 abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt: Zufluss und Höhe der begehrten Jahresendpr emien habe der Kl ager weder nachgewiesen, noch glaubhaft gemacht.  ber Unterlagen verfüge er nicht. Auch der Zeuge habe zur Höhe der Jahresendpr emien keine substantiierten Angaben gemacht. Allgemeine Erklärungen seien nicht ausreichend. Eine Mindestjahresendpr emie hätten die DDR-Regelungen nicht vorgesehen. Die Festsetzung einer Mindesthöhe von Jahresendpr emien sei unzulässig, da sie die

tatsächliche Prämienhöhe in keiner Weise widerspiegeln.

Â

Gegen den am 1. April 2022 zugestellten Gerichtsbescheid hat der Kläger am 25. April 2022 Berufung eingelegt, mit der er sein Begehren nach Feststellung von Jahresendprämien nur noch für den Zeitraum von 1977 bis 1983 (Zuflussjahre) in einer Mindesthöhe weiterverfolgt. Die Jahresendprämienzahlungen seien dem Grunde nach durch die Zeugenaussagen glaubhaft gemacht worden. Deren Höhe sei zumindest in der Mindesthöhe von einem Drittel entsprechend der Rechtsprechung des 5. und 7. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts glaubhaft gemacht worden.

Â

Der Kläger beantragt â sinngemäß und sachdienlich gefasst â,

Â

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 30. März 2022 aufzuheben und die Beklagte, unter Aufhebung des Überprüfungsablehnungsbescheides vom 18. Januar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. Dezember 2017, zu verurteilen, den Feststellungsbescheid vom 20. September 2001 in der Fassung des Ergänzungsbescheides vom 9. Februar 2016 abzuändern und Jahresendprämien für die Zuflussjahre 1977 bis 1983 als zusätzliche Entgelte im Rahmen der nachgewiesenen Zusatzversorgungszeiten festzustellen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zurückzuweisen.

Â

Sie hält den angefochtenen Gerichtsbescheid für zutreffend und führt ergänzend aus: Die Gewährung einer Jahresendprämie in einer Mindesthöhe sei rechtlich nicht zulässig. Die Prämienverordnungen der DDR hätten keine individuelle Mindesthöhe einer Jahresendprämie vorgesehen. Das unzulässige Schätzergebnis würde nur mit einem anderen Namen versehen. Die bloße einfache Möglichkeit, dass den Anspruchstellern Arbeitsentgelt im Minimum zugeflossen sei, genüge keinesfalls. Ein solches Ergebnis beruhe hauptsächlich auf Annahmen. Die Vorgehensweise des 5. und 7. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts sei mit den rechtlichen Regularien unvereinbar. So habe sich der 4. Senat des Sächsischen Landessozialgerichts nun auch â rechtsförmlich â mit seinen Entscheidungen vom 21. April 2020 (in den

Verfahren [L 4 R 703/19 ZV](#) und [L 4 R 461/19 ZV](#)) gegen die âMindest-JEPâ-Judikatur des 7. Senats des SÃchsischen Landessozialgerichts gestellt. Ebenso habe sich bereits das Bayerische Landessozialgericht âals erstes Obergerichtâ mit rechtskrÃftigem Urteil vom 24. Oktober 2019 (im Verfahren [L 1 RS 2/16](#)) positioniert. Im Ãbrigen habe das Landessozialgericht Berlin/Brandenburg mit Urteilen vom 10. MÃrz 2022 (im Verfahren L 17 R 471/19) und vom 24. MÃrz 2022 (im Verfahren [L 17 R 360/19](#)) ihre Ansicht gestÃrkt, sodass sie sich deren BegrÃ¼ndungen zu eigen mache und zum Gegenstand ihrer Berufungserwiderung erklÃre.

Â

Das Gericht hat arbeitsvertragliche Unterlagen vom KlÃger angefordert.

Â

Mit SchriftsÃtzen vom 27. Juli 2022 (Beklagte) sowie vom 28. Juli 2022 (KlÃger) haben die Beteiligten jeweils ihr EinverstÃndnis zur Entscheidung des Rechtsstreits durch Urteil ohne mÃ¼ndliche Verhandlung erklÃrt.

Â

Dem Gericht haben die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Gerichtsakten beider RechtszÃ¼ge vorgelegen. Zur ErgÃnzung des Sach- und Streitstandes wird hierauf insgesamt Bezug genommen.

Â

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Â

I.

Der Senat konnte ohne mÃ¼ndliche Verhandlung durch Urteil entscheiden, weil die Beteiligten sich hiermit einverstanden erklÃrt haben ([Â§ 153 Abs. 1](#) in Verbindung mit [Â§ 124 Abs. 2](#) des Sozialgerichtsgesetzes [SGG]).

Â

II.

Die statthafte und zulÃssige Berufung des KlÃgers ist Ã¼berwiegend begrÃ¼ndet, weil das Sozialgericht Dresden die Klage Ã¼berwiegend zu Unrecht abgewiesen hat. Denn der KlÃger hat in dem tenorierten Umfang Anspruch auf Feststellung zusÃtzlicher, ihm in den Jahren 1977 bis 1983 zugeflossener, weiterer Arbeitsentgelte wegen zu berÃ¼cksichtigender JahresendprÃmienzahlungen im Rahmen der bereits mit Bescheid vom 20. September 2001 in der Fassung des

Ergänzungsbescheides vom 9. Februar 2016 festgestellten Zeiten der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Jahresendprämien für die Zuflussjahre 1984 bis 1990 begehrte der Kläger ausdrücklich und ausweislich seines Klagebeschränkungsschriftsatzes vom 14. Oktober 2021 bereits im Klageverfahren schon nicht mehr.

Â

Der Ablehnungsbescheid der Beklagten vom 18. Januar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. Dezember 2017 ([Â§ 95 SGG](#)) ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten ([Â§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG](#)), weil mit dem Feststellungsbescheid vom 20. September 2001 in der Fassung des Ergänzungsbescheides vom 9. Februar 2016 das Recht (teilweise) unrichtig angewandt bzw. von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich (teilweise) als unrichtig erweist ([Â§ 44](#) des Zehntes Buches Sozialgesetzbuch [SGB X]). Deshalb waren der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 30. März 2022 (teilweise) abzuändern, der Ablehnungsbescheid der Beklagten vom 18. Januar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. Dezember 2017 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, den Feststellungsbescheid vom 20. September 2001 in der Fassung des Ergänzungsbescheides vom 9. Februar 2016 dahingehend abzuändern, dass für die Jahre 1977 bis 1983 weitere Arbeitsentgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe, wie tenoriert, festzustellen sind. Soweit der Kläger höher, als die tenorierten, Entgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämien begehrt, war die Berufung im Übrigen (zumindest aus Gründen der Klarstellung) zurückzuweisen.

Â

Nach [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SGB X](#), der nach [Â§ 8 Abs. 3 Satz 2 AAÖG](#) anwendbar ist, gilt: Soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei Erlass eines Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind, ist der Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen. Im Übrigen ist ein rechtswidriger, nicht begünstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen. Er kann auch für die Vergangenheit zurückgenommen werden.

Â

Diese Voraussetzungen liegen vor, denn der Feststellungsbescheid der Beklagten vom 20. September 2001 in der Fassung des Ergänzungsbescheides vom 9.

Februar 2016 ist teilweise rechtswidrig.

Ä

Nach Â§ 8 Abs. 1 AAÃG hat die Beklagte als der unter anderem fÃ¼r das Zusatzversorgungssystem der zusÃ¤tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe zustÃ¤ndige VersorgungstrÃ¤ger in einem dem Vormerkungsverfahren ([Â§ 149](#) des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch [SGB VI]) Ã¤hnlichen Verfahren durch jeweils einzelne Verwaltungsakte bestimmte Feststellungen zu treffen. Vorliegend hat die Beklagte mit dem Feststellungsbescheid vom 20. September 2001 in der Fassung des ErgÃ¤nzungsbescheides vom 9. Februar 2016 Zeiten der ZugehÃ¶rigkeit zum Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum AAÃG (vgl. Â§ 5 AAÃG) sowie die wÃ¤hrend dieser Zeiten erzielten Arbeitsentgelte festgestellt (Â§ 8 Abs. 1 Satz 2 AAÃG). JahresendprÃ¤mien hat sie jedoch zu Unrecht teilweise nicht berÃ¼cksichtigt.

Ä

GemÃ¤Ã Â§ 6 Abs. 1 Satz 1 AAÃG ist den Pflichtbeitragszeiten nach diesem Gesetz (vgl. Â§ 5 AAÃG) fÃ¼r jedes Kalenderjahr als Verdienst ([Â§ 256a Abs. 2 SGB VI](#)) das erzielte Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zugrunde zu legen. Arbeitsentgelt im Sinne des [Â§ 14](#) des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) und damit im Sinne des Â§ 6 Abs. 1 Satz 1 AAÃG stellen auch die in der DDR an Arbeitnehmer rechtmÃ¤Ãig gezahlten JahresendprÃ¤mien dar, da es sich um eine Gegenleistung des Betriebs fÃ¼r die vom WerktrÃ¤ger im jeweiligen Planjahr erbrachte Arbeitsleistung handelte, wobei es nicht darauf ankommt, dass dieser Verdienst nach DDR-Recht nicht steuer- und sozialversicherungspflichtig war (so: BSG, Urteil vom 23. August 2007 â [B 4 RS 4/06 R](#) â [SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 4](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 21 ff.; dem folgend: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â [B 5 RS 4/16 R](#) â [SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 13). Denn der Gesetzestext des Â§ 6 Abs. 1 Satz 1 AAÃG besagt, dass den Pflichtbeitragszeiten im Sinne des Â§ 5 AAÃG als Verdienst ([Â§ 256a SGB VI](#)) unter anderen das âerzielte Arbeitsentgeltâ zugrunde zu legen ist. Aus dem Wort âerzieltâ folgt im Zusammenhang mit Â§ 5 Abs. 1 Satz 1 AAÃG, dass es sich um Entgelt oder Einkommen handeln musste, das dem Berechtigten wÃ¤hrend der ZugehÃ¶rigkeitszeiten zum Versorgungssystem âaufgrundâ seiner BeschÃ¤ftigung âzugeflossenâ, ihm also tatsÃ¤chlich gezahlt worden ist. In der DDR konnten die WerktrÃ¤ger unter bestimmten Voraussetzungen PrÃ¤mien als Bestandteil ihres Arbeitseinkommens bzw. -entgelts erhalten. Sie waren im Regelfall mit dem Betriebsergebnis verknÃ¼pft und sollten eine leistungsstimulierende Wirkung ausÃ¼ben. Lohn und PrÃ¤mien waren âFormen der Verteilung nach Arbeitsleistungâ (vgl. Kunz/Thiel, âArbeitsrecht [der DDR] â Lehrbuchâ, 3. Auflage, 1986, Staatsverlag der DDR, S. 192f.). Die PrÃ¤mien wurden aus einem zu bildenden BetriebsprÃ¤mienfonds finanziert; die Voraussetzungen ihrer GewÃ¤hrung mussten in einem Betriebskollektivvertrag vereinbart werden. Ãber ihre GewÃ¤hrung und HÃ¶he entschied der Betriebsleiter mit Zustimmung der zustÃ¤ndigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung nach Beratung im

Arbeitskollektiv. Diese allgemeinen Vorgaben galten für alle Prämienformen (§ 116 des Arbeitsgesetzbuches der DDR [nachfolgend: DDR-AGB] vom 16. Juni 1977 [DDR-GBl. I 1977, Nr. 18, S. 185]) und damit auch für die Jahresendprämie (§ 118 Abs. 1 und 2 DDR-AGB). Die Jahresendprämie diente als Anreiz zur Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben; sie war auf das Planjahr bezogen und hatte den Charakter einer Erfüllungsprämie. Nach § 117 Abs. 1 DDR-AGB bestand ein Anspruch auf Jahresendprämie, wenn

- die Zahlung einer Jahresendprämie für das Arbeitskollektiv, dem der Werktätige angehörte, im Betriebskollektivvertrag vereinbart war,
- der Werktätige und sein Arbeitskollektiv die vorgesehenen Leistungskriterien in der festgelegten Mindesthöhe erfüllt hatte und
- der Werktätige während des gesamten Planjahres Angehöriger des Betriebs war.

Die Feststellung von Beträgen, die als Jahresendprämien gezahlt wurden, hing davon ab, dass der Empfänger die Voraussetzungen der §§ 117, 118 DDR-AGB erfüllt hatte. Hierfür und für den Zufluss trägt er die objektive Beweislast (sog. Feststellungslast im sozialgerichtlichen Verfahren, vgl. insgesamt: BSG, Urteil vom 23. August 2007 – [B 4 RS 4/06 R](#) – [SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 4](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 21 ff.; dem folgend und diese Beweislast, unter Ablehnung einer Schätzungsmöglichkeit, betonend: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – [SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 14).

Â

Daraus wird deutlich, dass die Zahlung von Jahresendprämien von mehreren Voraussetzungen abhing. Der Kläger hat, um eine Feststellung zusätzlicher Entgelte beanspruchen zu können, nachzuweisen oder glaubhaft zu machen, dass alle diese Voraussetzungen in jedem einzelnen Jahr erfüllt gewesen sind und zusätzlich, dass ihm ein bestimmter, berücksichtigungsfähiger Betrag auch zugeflossen, also tatsächlich gezahlt worden, ist.

Â

Gemäß [Â§ 128 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) entscheidet das Gericht dabei nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung. Neben dem Vollbeweis, d.h. der an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, ist auch die Möglichkeit der Glaubhaftmachung des Vorliegens weiterer Arbeitsentgelte aus Jahresendprämien gegeben. Dies kann aus der Vorschrift des [Â§ 6 Abs. 6 AA-G](#) abgeleitet werden. Danach wird, wenn ein Teil des Verdienstes nachgewiesen und der andere Teil glaubhaft gemacht wird, der glaubhaft gemachte Teil des Verdienstes zu fünf Sechsteln berücksichtigt.

Â

Im vorliegenden konkreten Einzelfall hat der Kläger den Zufluss von Jahresendprämien dem Grunde nach zwar nicht nachgewiesen, jedoch für die

Zuflussjahre 1977 bis 1983, glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter 1.). Die konkrete Höhe der Jahresendprämien, die zur Auszahlung an ihn gelangten, hat er zwar ebenfalls nicht nachgewiesen, zum Teil allerdings, und zwar für die Zuflussjahre 1977 bis 1983, in einer Mindesthöhe glaubhaft machen können; eine Schätzung wie vom Kläger im Klageverfahren ursprünglich noch begehrt hingegen ist nicht möglich (dazu nachfolgend unter 2.).

Ä

1.

Der Zufluss von Jahresendprämien dem Grunde nach ist im vorliegenden Fall zwar nicht nachgewiesen (dazu nachfolgend unter a), jedoch für die begehrten Zuflussjahre 1977 bis 1983, glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter b):

Ä

a)

Nachweise etwa in Form von Begleitschreiben, Gewährungsunterlagen, Beurteilungsbüchern, Quittungen oder sonstigen Lohnunterlagen für an den Kläger geflossene Prämienzahlungen konnte er nicht vorlegen. Er selbst verfügt auch über keine Unterlagen, mit denen er die Gewährung von Jahresendprämien belegen könnte, wie er selbst ausführte.

Ä

Unterlagen über die Auszahlung von Jahresendprämien im VEB Transformatoren- und Röntgenwerk „Y“ X. liegen auch nicht mehr vor, wie sich der Auskunft des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden vom 15. August 2017 entnehmen lässt.

Ä

Nachweise zu an den Kläger gezahlten Jahresendprämien liegen auch im übrigen nicht mehr vor, da zwischenzeitlich die Aufbewahrungsfrist für die Entgeltunterlagen der ehemaligen Betriebe der DDR abgelaufen ist (31. Dezember 2011; vgl. [§ 28f Abs. 5 SGB IV](#)).

Ä

b)

Der Zufluss von Prämienzahlungen dem Grunde nach konkret an den Kläger ist aber im vorliegenden Fall für die begehrten Zuflussjahre 1977 bis 1983, glaubhaft gemacht.

Ä

Gemäß [§ 23 Abs. 1 Satz 2 SGB X](#) ist eine Tatsache dann als glaubhaft anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sämtliche erreichbare Beweismittel erstrecken sollen (vgl. dazu auch: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – SozR 4-8570 § 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 14), überwiegend wahrscheinlich ist. Dies erfordert mehr als das Vorhandensein einer bloßen Möglichkeit, aber auch weniger als die an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit. Dieser Beweismaßstab ist zwar durch seine Relativität gekennzeichnet. Es muss also nicht, wie bei der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges, absolut mehr als gegen die glaubhaft zu machende Tatsache sprechen. Es reicht die gute Möglichkeit aus, das heißt es genügt, wenn bei mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Möglichkeiten das Vorliegen einer davon relativ am wahrscheinlichsten ist, weil nach Gesamtwürdigung aller Umstände besonders viel für diese Möglichkeit spricht; von mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Sachverhaltsvarianten muss den übrigen gegenüber aber einer das Übergewicht zukommen. Die bloße Möglichkeit einer Tatsache reicht deshalb nicht aus, die Beweisanforderungen zu erfüllen (vgl. dazu dezidiert: BSG, Beschluss vom 8. August 2001 – [B 9 V 23/01 B](#) – SozR 3-3900 § 15 Nr. 4 = JURIS-Dokument, RdNr. 5).

Ä

Dies zu Grunde gelegt, hat der Kläger im konkreten Einzelfall glaubhaft gemacht, dass die drei rechtlichen Voraussetzungen (§ 117 Abs. 1 DDR-AGB) für den Bezug einer Jahresendprämie für die begehrten Zuflussjahre 1977 bis 1983, vorlagen und er jeweils eine Jahresendprämie erhalten hat:

Ä

Ä

aa)

Der Kläger war in den Jahren 1976 bis 1982 jeweils während des gesamten Planjahres Angehöriger des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk –
X. (§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 3 DDR-AGB), wie sich aus den vorgelegten Arbeits- und Änderungsverträgen sowie aus den Eintragungen in seinen Ausweisen für Arbeit und Sozialversicherung ergibt.

Ä

bb)

Mindestens glaubhaft gemacht ist darüber hinaus auch, dass die Zahlung von Jahresendprämien für das Arbeitskollektiv, dem der Kläger angehörte, jeweils in einem Betriebskollektivvertrag vereinbart war (§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 1 DDR-AGB). Denn der Abschluss eines Betriebskollektivvertrages zwischen dem Betriebsleiter und der zuständigen Betriebsgewerkschaftsleitung war nach § 28

Abs. 1 DDR-AGB zwingend vorgeschrieben. Die Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages erfolgte jährlich, ausgehend vom Volkswirtschaftsplan; er war bis zum 31. Januar des jeweiligen Planjahres abzuschließen (vgl. Kunz/Thiel, *Arbeitsrecht [der DDR] Lehrbuch*, 3. Auflage, 1986, Staatsverlag der DDR, S. 111). Ebenso zwingend waren nach § 118 Abs. 1 DDR-AGB in Verbindung mit § 28 Abs. 2 Satz 3 DDR-AGB die Voraussetzungen und die Höhe der Jahresendprämie in dem (jeweiligen) Betriebskollektivvertrag zu regeln. Konkretisiert wurde diese zwingende Festlegung der Voraussetzungen zur Gewährung von Jahresendprämien im Betriebskollektivvertrag in den staatlichen Prämienverordnungen: So legten die *Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972* (nachfolgend: *Prämienfond-VO 1972*) vom 12. Januar 1972 (DDR-GBl. II 1972, Nr. 5, S. 49) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 (DDR-GBl. II 1972, Nr. 70, S. 810) sowie in der Fassung der *Zweiten Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe* (nachfolgend: *2. Prämienfond-VO 1973*) vom 21. Mai 1973 (DDR-GBl. I 1973, Nr. 30, S. 293), mit denen die Weitergeltung der *Prämienfond-VO 1972* über das Jahr 1972 hinaus angeordnet wurden, sowie die *Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe* (nachfolgend: *Prämienfond-VO 1982*) vom 9. September 1982 (DDR-GBl. I 1982, Nr. 34, S. 595) jeweils staatlicherseits fest, dass die Verwendung des Prämienfonds, die in den Betrieben zur Anwendung kommenden Formen der Prämierung und die dafür vorgesehenen Mittel im Betriebskollektivvertrag festzulegen waren (§ 5 Abs. 2 Satz 1 *Prämienfond-VO 1972*, § 8 Abs. 3 Satz 1 und 2 *Prämienfond-VO 1982*). Dabei war, ohne dass ein betrieblicher Ermessens- oder Beurteilungsspielraum bestand, in den Betriebskollektivverträgen zu vereinbaren bzw. festzulegen, unter welchen Voraussetzungen Jahresendprämien als Form der materiellen Interessiertheit der Werktätigen an guten Wirtschaftsergebnissen des Betriebes im gesamten Planjahr angewendet wurden (§ 5 Abs. 2 Satz 2 Spiegelstrich 2 *Prämienfond-VO 1972*, § 8 Abs. 3 Satz 3 Spiegelstrich 4 *Prämienfond-VO 1982*).

Ä

Damit kann in der Regel für jeden Arbeitnehmer in der volkseigenen Wirtschaft, sofern nicht besondere gegenteilige Anhaltspunkte vorliegen sollten, davon ausgegangen werden, dass ein betriebskollektivvertraglich geregelter Jahresendprämienanspruch dem Grunde nach bestand (vgl. dazu auch: Lindner, *Die leere Hälfte ist tot – wie geht es weiter?*, rv [= Die Rentenversicherung] 2011, 101, 104), auch wenn die Betriebskollektivverträge als solche nicht mehr vorgelegt oder anderweitig vom Gericht beigezogen werden können. Vor diesem Hintergrund ist der von der Beklagten in anderen Verfahren erhobene Einwand, die Betriebskollektivverträge seien anspruchsbegründend, zwar zutreffend, verhindert eine Glaubhaftmachung jedoch auch dann nicht, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht eingesehen werden können.

Ä

cc)

Ausgehend von den schriftlichen Aussagen des Zeugen W. sowie den sonstigen Hinweistatsachen ist zudem glaubhaft gemacht, dass der Kl. und das Arbeitskollektiv, dem er angehörte, die vorgegebenen Leistungskriterien in der festgelegten Mindesthöhe erfüllt hatten (§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 2 DDR-AGB).

Ä

Der Zeuge W., der den Kl. aus der betrieblichen Zusammenarbeit seit März 1975 kannte und mit diesem in der gleichen Abteilung des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Y. X., zunächst als Arbeitskollege, seit 1979 (bzw. 1985) als dessen unmittelbarer Vorgesetzter, zusammenarbeitete, gab in seiner schriftlichen Zeugenerklärung vom 6. November 2015 an, dass der Betrieb im Zeitraum von (mindestens) 1975 bis 1990 jährlich Jahresendprämien an die Beschäftigten zahlte und, dass der Kl. genau wie der Zeuge selbst jährlich Jahresendprämien vom Betrieb ausgezahlt erhielt. In seiner vom Sozialgericht Dresden mit gerichtlichem Schreiben vom 13. September 2021 angeforderten schriftlichen Zeugenerklärung vom 27. September 2021 bestätigte er diese Angaben und fügte weitergehend aus: Die Jahresendprämien wurden regelmäßig im März oder April des Folgejahres für das vorangegangene Planjahr an die Beschäftigten vom Betrieb in bar ausgezahlt. Der Erhalt der Jahresendprämien wurde auf einer Quittungsliste von jedem Beschäftigten unterzeichnet. Die Prämien wurden leistungsbezogen mit Zu- und Abschlägen gewährt. Kürzungen gegenüber dem Kl. sind dem Zeugen nicht bekannt. Grundlage der Zahlungen waren Betriebskollektivverträge.

Ä

Auszüge solcher Betriebskollektivverträge des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Y. X. aus den Jahren 1981 und 1988 konnte die Beklagte im Widerspruchsverfahren beiziehen. Diese beinhalteten Regelungen für den Betriebsprämienfonds für die Jahresendprämien im Betrieb. Danach war die Höhe der Jahresendprämie abhängig von der Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Planaufgaben des Werkes. Der Anteil des Einzelnen an der Jahresendprämie richtete sich nach der Erfüllung seiner Arbeitsaufgaben.

Ä

Unzulänglichkeiten des Kl., die gegebenenfalls eine Kürzung oder Nichtzahlung der Jahresendprämie in den Zuflussjahren 1977 bis 1983 zur Folge hätten haben können, ergeben sich auch nicht aus anderweitigen Indizien oder Hinweistatsachen. Im Gegenteil: Die Angaben des Zeugen W. sind vor dem Hintergrund der beigezogenen arbeitsvertraglichen Unterlagen plausibel und bestätigen die berechnete Annahme, dass der Kl. die individuellen Leistungskennziffern konkret erfüllte:

Â

Den ArbeitsÃ¤nderungsvertrÃ¤gen ist zu entnehmen, dass der KIÃ¤ger kontinuierliche Gehaltssteigerungen wegen seiner guten betrieblichen Arbeitsleistungen erreichte. Wiederholt wurden dem KIÃ¤ger vom Betrieb LohnerhÃ¶hungen â€œin Anerkennung [seiner] Leistungenâ€œ gewÃ¤hrt.

Â

In einer betrieblichen Beurteilung des VEB Transformatoren- und RÃ¶ntgenwerk â€œYâ€œ.â€œ Xâ€œ, vom 26. September 1984, die Ã¼ber den Zeitraum der BeschÃ¤ftigung des KIÃ¤gers im Betrieb bereits seit MÃ¤rz 1975 Auskunft gibt, ist ausgefÃ¼hrt, dass der KIÃ¤ger

- sich seit Beginn seiner TÃ¤tigkeiten im Betrieb durch bestÃ¤ndig gute Leistungen auszeichnete,
- jederzeit gewissenhaft war,
- jederzeit die an ihn gestellten Anforderungen zuverlÃ¤ssig und selbstÃ¤ndig erfÃ¼llte,
- als Bestarbeiter des Neuererwesens im Vorfertigungsbetrieb stÃ¤ndig um Niveauverbesserungen bemÃ¼ht war,
- mit seiner Arbeit entscheidenden Anteil daran hatte, dass die Bearbeitungszeit fÃ¼r NeuerervorschlÃ¤ge seit Jahren unter dem Durchschnitt des Werkes lag,
- besonderes Engagement bei der weiteren ErhÃ¶hung der QualitÃ¤t auf dem Gebiet der Neuerervereinbarungen zeigte,
- sich ebenfalls aktiv im Neuererwesen beteiligte.

Â

FÃ¼r jeweils hervorragende Leistungen im sozialistischen Wettbewerb wurde er vom Betrieb

- mit Urkunde vom 8. Januar 1976 als â€œBester Mitarbeiter der Abteilung ZTR des Betriebes Vorfertigung im IV. Quartal 1975â€œ ausgezeichnet,
- mit Urkunde vom 7. Oktober 1978 mit der â€œBestenplaketteâ€œ ausgezeichnet,
- mit Urkunde vom 31. Dezember 1981 als â€œBester Mitarbeiter von ZTR der III. Wettbewerbsetappe 1981â€œ ausgezeichnet,
- mit Urkunde vom 7. Oktober 1984 mit der â€œBestenplaketteâ€œ ausgezeichnet.

Â

Unterstrichen wird diese vorbildliche und weder zu Kritik noch Tadel Anlass gebende Arbeitsweise des KIÃ¤gers im Ã¼brigen durch die ihm von seinem BeschÃ¤ftigungsbetrieb in den Jahren 1976 bis 1979 und 1981 bis 1983 verliehenen Auszeichnungen jeweils als Mitglied eines â€œKollektivs der sozialistischen

Arbeitâ. Mit diesen Auszeichnungen wurden jeweils unter anderem beispielgebende Arbeitsleistungen des Kollektivs und jedes einzelnen Mitglieds des Kollektivs im sozialistischen Wettbewerb, also konkret auch des KlÃ¤gers, gewÃ¼rdigt (vgl.Â dazu: Â§ 1 der âOrdnung Ã¼ber die Verleihung und BestÃ¤tigung der erfolgreichen Verteidigung des Ehrentitels âKollektiv der sozialistischen Arbeitâ, die Bestandteil der âBekanntmachung der Ordnungen Ã¼ber die Verleihung der bereits gestifteten staatlichen Auszeichnungenâ vom 28.Â Juni 1978 [DDR-GBl. Sonderdruck Nr.Â 952, S. 1 ff.] war).

Â

Zusammenfassend wird dem KlÃ¤ger damit insgesamt bescheinigt, dass er die ihm Ã¼bertragenen Aufgaben stets hervorragend erledigte, sodass sich keinerlei berechnete Zweifel an der ErfÃ¼llung der vorgegebenen Leistungskriterien aufdrÃ¼ngen.

Â

2.

Die konkrete HÃ¶he der JahresendprÃ¤mien, die fÃ¼r die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1976 bis 1982) in den Zuflussjahren 1977 bis 1983 zur Auszahlung an den KlÃ¤ger gelangten, konnte er zwar nicht nachweisen (dazu nachfolgend unter a), jedoch fÃ¼r die Zuflussjahre 1977 bis 1983 zum Teil, nÃ¤mlich in Form eines Mindestbetrages, glaubhaft machen (dazu nachfolgend unter b). Die HÃ¶he einer dem Grunde nach lediglich glaubhaft gemachten JahresendprÃ¤mie darf â entgegen der frÃ¼heren Rechtsprechung des SÃchsischen Landessozialgerichts â allerdings nicht geschÃtzt werden (dazu nachfolgend unter c).

Â

a)

Die dem KlÃ¤ger fÃ¼r die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1976 bis 1982) in den Jahren 1977 bis 1983 zugeflossenen JahresendprÃ¤mienbetrÃ¤ge sind der HÃ¶he nach nicht nachgewiesen:

Â

Nachweise etwa in Form von Begleitschreiben, GewÃ¼hrungsunterlagen, BeurteilungsbÃ¼gen, Quittungen oder sonstigen Lohnunterlagen fÃ¼r an den KlÃ¤ger geflossene PrÃ¤mienzahlungen konnte er nicht vorlegen. Er selbst verfÃ¼gt auch Ã¼ber keine Unterlagen, mit denen er die GewÃ¼hrung von JahresendprÃ¤mien belegen kÃ¶nnte, wie er selbst ausfÃ¼hrte.

Â

Unterlagen über die Auszahlung von Jahresendprämien im VEB Transformatoren- und Röntgenwerk [unleserlich]. [unleserlich] X [unleserlich]. liegen auch nicht mehr vor, wie sich der Auskunft des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden vom 15. August 2017 entnehmen lässt.

Ä

Auszahlungs- bzw. Quittierungslisten oder Anerkennungsschreiben der Abteilung des Betriebes konnte auch der Zeuge W [unleserlich]. nicht vorlegen.

Ä

Nachweise zu an den Kläger gezahlten Jahresendprämien liegen auch im übrigen nicht mehr vor, da zwischenzeitlich die Aufbewahrungsfrist für die Entgeltunterlagen der ehemaligen Betriebe der DDR abgelaufen ist (31. Dezember 2011; vgl. [§ 28f Abs. 5 SGB IV](#)). Von einer Anfrage an das Bundesarchiv wurde im vorliegenden Verfahren abgesehen, da dort [unleserlich] wie aus entsprechenden Anfragen in anderen Verfahren gerichtsbekannt wurde [unleserlich] lediglich statistische Durchschnittswerte der in den Kombinat gezahlten durchschnittlichen Jahresendprämienbeträge pro Vollbeschäftigteinheit aus verschiedenen Jahren vorhanden sind, die keinerlei Rückschluss auf die individuelle Höhe der an die Kläger in einem konkreten Betrieb gezahlten Jahresendprämienhöhe erlauben.

Ä

b)

Die konkrete Höhe der an den Kläger für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1976 bis 1982) in den Jahren 1977 bis 1983 zugeflossenen Jahresendprämienbeträge ist zwar ebenfalls nicht glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter aa). Allerdings sind die für die Planjahre 1976 bis 1982 in den Zuflussjahren 1977 bis 1983 ausgezahlten Jahresendprämienbeträge zumindest zum Teil, nämlich in Form eines Mindestbetrages, glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter bb):

Ä

aa)

Den Angaben des Klägers sowie des Zeugen W [unleserlich]. kann lediglich entnommen werden, dass sich die Jahresendprämie am Monatsgehalt des jeweiligen Werkstätigen orientierte. Der Kläger selbst tätigte keinerlei Angaben zu den konkreten Höhen der Jahresendprämienbeträge. Er konnte lediglich angeben, dass Basis der Berechnung der jeweils einzelnen individuellen Jahresendprämien das Monatsgehalt des jeweiligen Beschäftigten war und die Prämienbeträge auf der Grundlage der Planerfüllung und des Monatsgehalts berechnet wurden. Der Zeuge W [unleserlich]. bestätigte dieses grundsätzliche Prozedere und führte aus, zu den

HÄ¶hen der JahresendprÄ¶mienbetrÄ¶ge des KlÄ¶gers keine konkreten Angaben tÄ¶tigen zu kÄ¶nnen. Die individuelle Festlegung erfolgte leistungsabhÄ¶ngig durch die Betriebsleitung (in Abstimmung mit der Gewerkschaftsleitung), ausgerichtet nach dem Betriebsergebnis und differenziert im Einzelnen. Eine weitergehende PrÄ¶zisierung erbrachten die Zeugenbefragungen nicht. Soweit der Zeuge WÄ¶. in seinen schriftlichen ErklÄ¶rungen vom 6. November 2015 und vom 27. September 2021 ausfÄ¶hrte, die HÄ¶he der JahresendprÄ¶mien habe â¶im Allgemeinenâ¶ bzw. â¶Ä¶blicherweiseâ¶ einem Monatsgehalt bzw. bis zu 110 Prozent entsprochen, ist darauf hinzuweisen, dass diese Angabe jeglicher Tatsachenbasis entbehrt, da weder dargelegt noch nachvollziehbar erlÄ¶utert wird, aus welchen konkreten Kennziffern und Berechnungselementen sich dieser Durchschnittsbetrag ergibt. Die Glaubhaftmachung einer bestimmten HÄ¶he ist mit solchen â¶in der Regelâ¶-, â¶circaâ¶-, â¶zwischenâ¶-, â¶etwaâ¶- oder â¶ungefÄ¶hrâ¶-Angaben nicht verbunden, denn es handelt sich bei ihnen um eine reine MutmaÄ¶ung, die im Ergebnis auf eine â¶ vom BSG inzwischen abschlie¶end als nicht mÄ¶glich dargelegte (vgl. dazu ausfÄ¶hrlich: BSG, Urteil vom 15.Ä Dezember 2016 â¶ [B 5 RS 4/16 R](#) â¶ SozR 4-8570 Ä§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr.Ä 16 ff.) â¶ SchÄ¶tzung hinauslÄ¶uft, die nicht zu Grunde gelegt werden kann. Konkretere oder prÄ¶zisierende Angaben konnten nÄ¶mlich gerade weder vom Zeugen noch vom KlÄ¶ger getÄ¶tigt werden.

Ä

In der Gesamtbetrachtung sind die Angaben des KlÄ¶gers sowie des Zeugen zur HÄ¶he der an den KlÄ¶ger geflossenen JahresendprÄ¶mienbetrÄ¶ge insgesamt zum einen vage und beruhen zum anderen allein auf dem menschlichen ErinnerungsvermÄ¶gen, das mit der LÄ¶nge des Zeitablaufs immer mehr verblasst und deshalb insbesondere in Bezug auf konkrete, jÄ¶hrlich differierende BetrÄ¶ge kaum einen geeigneten BeurteilungsmaÄ¶stab im Sinne einer â¶guten MÄ¶glichkeitâ¶ gerade des vom Zeugen angegebenen Prozentsatzes von durchschnittlich 100 Prozent eines Bruttomonatslohns abzugeben geeignet ist.

Ä

DarÄ¶ber hinaus ist zu beachten, dass es im Ergebnis grundsÄ¶tzlich (zu den Ausnahmen nachfolgend unter bb) an einem geeigneten MaÄ¶stab fehlt, an dem die konkrete HÄ¶he der dem Grunde nach bezogenen JahresendprÄ¶mien beurteilt werden kann und der vom KlÄ¶ger und dem Zeugen behauptete MaÄ¶stab, nÄ¶mlich der durchschnittliche Bruttomonatslohn, nach den rechtlichen Koordinaten des DDR-Rechts gerade nicht der Basis-, Ausgangs- oder Grundwert zur Berechnung einer JahresendprÄ¶mie war:

Ä

Nicht der Durchschnittslohn des WerkÄ¶tigen war Ausgangsbasis fÄ¶r die Festlegung der HÄ¶he der JahresendprÄ¶mie, sondern die ErfÄ¶llung der konkreten Leistungs- und Planzielvorgaben (vgl. dazu deutlich: Eckhardt u.a., â¶ Lohn und PrÄ¶mie â¶ ErlÄ¶uterungen zum 5.Ä Kapitel des Arbeitsgesetzbuches der DDRâ¶

[Heft 4 der Schriftenreihe zum Arbeitsgesetzbuch der DDR], 1989, S. 112; Langanke, „Wirksame Leistungsstimulierung durch Jahresendprämie“, NJ 1984, 43, 44). Aus diesem Grund zählte zu den betriebsbezogenen, in einem Betriebskollektivvertrag festgelegten Regelungen über die Bedingungen der Gewährung einer Jahresendprämie auch die Festlegung und Beschreibung der Berechnungsmethoden, aus denen dann individuelle Kennziffern für den einzelnen Werktätigen zur Berechnung der Jahresendprämie abgeleitet werden konnten.

Ä

Dies verdeutlichen auch sonstige rechtliche Regelungen unterhalb des DDR-AGB: So legten die Prämienfond-VO 1972 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 und in der Fassung der 2. Prämienfond-VO 1973 sowie die Prämienfond-VO 1982 fest, wie die Jahresendprämie wirksamer zur Erfüllung und Übererfüllung der betrieblichen Leistungsziele beitragen konnte (Â§ 7 Prämienfond-VO 1972, Â§ 9 Prämienfond-VO 1982). Danach waren den Arbeitskollektiven und einzelnen Werktätigen Leistungskennziffern vorzugeben, die vom Plan abgeleitet und beeinflussbar waren, die mit den Schwerpunkten des sozialistischen Wettbewerbs übereinstimmten und über das Haushaltsbuch oder durch andere bewährte Methoden zu kontrollieren und abzurechnen waren (Â§ 7 Abs. 1 Prämienfond-VO 1972, Â§ 9 Abs. 3 Prämienfond-VO 1982). Die durchschnittliche Jahresendprämie je Beschäftigten war in der Regel in der gleichen Höhe wie im Vorjahr festzulegen, wenn der Betrieb mit der Erfüllung und Übererfüllung seiner Leistungsziele die erforderlichen Prämienmittel erarbeitet hatte; für den Betrieb war dieser Durchschnittsbetrag grundsätzlich beizubehalten (Â§ 9 Abs. 2 Prämienfond-VO 1982). Hervorzuheben ist dabei, dass der Werktätige und sein Kollektiv die ihnen vorgegebenen Leistungskriterien jeweils erfüllt haben mussten (Â§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 Prämienfond-VO 1972), die Leistungskriterien kontrollfähig und abrechenbar zu gestalten waren (Â§ 6 Abs. 1 Satz 2 der „Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972“ [nachfolgend: 1. DB zur Prämienfond-VO 1972] vom 24. Mai 1972 [DDR-GBl. II 1972, Nr. 34, S. 379]) und bei der Differenzierung der Höhe der Jahresendprämie von den unterschiedlichen Leistungsanforderungen an die Abteilungen und Bereiche im betrieblichen Reproduktionsprozess auszugehen war (Â§ 6 Abs. 3 Spiegelstrich 1 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972). Außerdem war geregelt, dass die Jahresendprämien für Arbeitskollektive und einzelne Werktätige nach der Leistung unter besonderer Berücksichtigung der Schichtarbeit zu differenzieren waren (Â§ 7 Abs. 2 Satz 2 Prämienfond-VO 1972, Â§ 6 Abs. 3 Spiegelstrich 2 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972, Â§ 9 Abs. 3 Satz 1 Prämienfond-VO 1982), wobei hinsichtlich der Kriterien für die Zulässigkeit der Erhöhung der durchschnittlichen Jahresendprämie im Betrieb konkrete Festlegungen nach Maßgabe des Â§ 6 der „Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe“ (nachfolgend: 1. DB zur Prämienfond-VO 1982) vom 9. September 1982 (DDR-GBl. I 1982, Nr. 34, S. 598) in der Fassung der „Zweiten

Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe (nachfolgend: 2. DB zur Prämienfond-VO 1982) vom 3. Februar 1986 (DDR-GBl. I 1986, Nr. 6, S. 50) zu treffen waren. Danach spielte zum Beispiel der Anteil der Facharbeiter sowie der Hoch- und Fachschulkader in den Betrieben und deren wesentliche Erhaltung sowie die Anerkennung langjähriger Betriebszugehörigkeit eine Rolle (§ 6 Abs. 2 Satz 2 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982). Die konkreten Festlegungen erfolgten in betrieblichen Vereinbarungen (§ 6 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982). Die endgültige Festlegung der Mittel zur Jahresendprämierung für die einzelnen Bereiche und Produktionsabschnitte einschließlich ihrer Leiter erfolgte nach Vorliegen der Bilanz- und Ergebnisrechnung durch die Direktoren der Betriebe mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, die entsprechend der im Betriebskollektivvertrag getroffenen Vereinbarung abhängig vom tatsächlich erwirtschafteten Prämienfonds durch den Betrieb und von der Erfüllung der den Bereichen und Produktionsabschnitten vorgegebenen Bedingungen war (§ 8 Abs. 1 Prämienfond-VO 1972, § 6 Abs. 5 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982).

Ä

Weder zu den individuellen Leistungskennziffern des Klägers noch zu den sonstigen, die Bestimmung der Jahresendprämienhöhe maßgeblichen Faktoren konnten der Kläger oder der Zeuge nachvollziehbare Angaben tätigen.

Ä

Die Kriterien, nach denen eine hinreichende Glaubhaftmachung erfolgt, sind demnach im konkreten Fall nicht erfüllt. Die bloße Darstellung eines allgemeinen Ablaufs und einer allgemeinen Verfahrensweise wie auch der Hinweis, dass in anderen Fällen Jahresendprämien berücksichtigt worden sind, etwa, weil dort anderweitige Unterlagen vorgelegt werden konnten, genügen nicht, um den Zufluss von Jahresendprämien in einer bestimmten oder berechenbaren Höhe konkret an den Kläger glaubhaft zu machen. Denn hierfür wäre wie ausgeführt erforderlich, dass in jedem einzelnen Jahr des vom Kläger geltend gemachten Zeitraumes eine entsprechende Jahresendprämie nachgewiesen worden wäre, und zwar nicht nur hinsichtlich des Zeitraumes, sondern auch hinsichtlich der Erfüllung der individuellen Leistungskennziffern, um eine konkrete Höhe als berechenbar erscheinen zu lassen.

Ä

bb)

Allerdings kommt für die Zeiträume der Geltung

- der Verordnung über die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinat, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen für die Jahre 1969 und

1970 (nachfolgend: Prämienfond-VO 1968) vom 26. Juni 1968 (DDR-GBl. II 1968, Nr. 67, S. 490) in der Fassung der Zweiten Verordnung über die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinat, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen für die Jahre 1969 und 1970 (nachfolgend: 2. Prämienfond-VO 1968) vom 10. Dezember 1969 (DDR-GBl. II 1969, Nr. 98, S. 626),

- der Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für das Jahr 1971 (nachfolgend: Prämienfond-VO 1971) vom 20. Januar 1971 (DDR-GBl. II 1971, Nr. 16, S. 105) und
- der Prämienfond-VO 1972 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 sowie in der Fassung der 2. Prämienfond-VO 1973, mit denen die Weitergeltung der Prämienfond-VO 1972 über das Jahr 1972 hinaus angeordnet wurden,

von Juli 1968 bis Dezember 1982 (also bis zum Inkrafttreten der Prämienfond-VO 1982 am 1. Januar 1983) eine Glaubhaftmachung der Höhe von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien in einer Mindesthöhe in Betracht.

Ä

Für diese Zeiträume legten

- Â§ 9 Abs. 7 Prämienfond-VO 1968,
- Â§ 12 Nr. 6 Satz 1 Prämienfond-VO 1971 und
- Â§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 Prämienfond-VO 1972

nämlich verbindlich fest, dass der Prämienfond (auch) bei leistungsgerechter Differenzierung der Jahresendprämie ermöglichen musste, dass die Mindesthöhe der Jahresendprämie des einzelnen Werkstätigen ein Drittel seines (durchschnittlichen) Monatsverdienstes betrug. Diese Mindesthöhe der an den einzelnen Werkstätigen zu zahlenden Jahresendprämie durfte nach Â§ 12 Nr. 6 Satz 2 Prämienfond-VO 1971 und Â§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 und 3 Prämienfond-VO 1972 nur dann unterschritten werden, wenn der Werkstätige nicht während des gesamten Planjahres im Betrieb tätig war und einer der Ausnahmefälle des Â§ 5 Abs. 1 Satz 1 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972 vorlag. Diese Regelungen bestätigten damit, insbesondere durch die Formulierung, dass die für diese Werkstätigen zu zahlende Jahresendprämie die Mindesthöhe von einem Drittel eines monatlichen Durchschnittsverdienstes nur in Ausnahmefällen unterschreiten konnte, dass die Vorschriften an eine individuelle und nicht an eine generelle Mindesthöhe des Jahresendprämienbetrages des einzelnen Werkstätigen anknüpfen. Diese maßgeblichen DDR-rechtlichen Regelungen sind im hier vorliegenden Zusammenhang der Jahresendprämienhöhe des einzelnen Werkstätigen daher als generelle Anknüpfungstatsachen bzw. als generelle Tatsachen heranzuziehen (vgl. zu diesem Aspekt beispielsweise: BSG, Urteil vom 30. Oktober 2014 [B 5 RS 2/13 R](#) JURIS-Dokument, RdNr. 19 sowie BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 [B 5 RS 2/18 R](#) JURIS-Dokument, RdNr. 19)

JURIS-Dokument, RdNr. 14 ff.) und bestÄtigen â im Zeitraum ihrer Geltung â zumindest eine individuelle MindesthÄhe des JahresendprÄmienbetrages jedes einzelnen WerktÄtigen, der die Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach erfÄllte. Soweit die Beklagte meint, bei dem in den vorbenannten Vorschriften enthaltenen Mindestbetrag der JahresendprÄmie habe es sich lediglich um einen statistischen Wert bzw. um eine betriebliche Kennziffer gehandelt, die keine auf den einzelnen WerktÄtigen bezogene Individualisierung beinhaltet habe, trifft dies ausweislich des eindeutigen Wortlauts der Regelungen, des systematischen Zusammenhangs der Vorschriften sowie des Sinnes und Zwecks der Normen nicht zu. Denn die Regelungen knÄpfen nicht an einen âdurchschnittlichen Monatsverdienstâ bzw. an einen âmonatlichen Durchschnittsverdienstâ aller BeschÄftigten des Betriebes sondern an den âdurchschnittlichen Monatsverdienstâ bzw. âmonatlichen Durchschnittsverdienstâ des, also des einzelnen, WerktÄtigen an (Ä 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 PrÄmienfond-VO 1972) bzw. regeln ausdrÄcklich, dass âdie MindesthÄhe der JahresendprÄmie fÄr den einzelnen WerktÄtigenâ ein Drittel des, also des einzelnen, monatlichen Durchschnittsverdienstes zu betragen hatte (Ä 12 Nr. 6 Satz 1 PrÄmienfond-VO 1971). Der durchschnittliche Monatsverdienst bzw. der monatliche Durchschnittsverdienst â der sich nach Ä 5 Abs. 3 der 1. DB zur PrÄmienfond-VO 1972 nach der âVerordnung Äber die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und Äber die Lohnzahlungâ (nachfolgend: 1.Ä Durchschnittsentgelt-VO) vom 21.Ä Dezember 1961 (DDR-GBl. II 1961, Nr. 83, S. 551, berichtigt in DDR-GBl. II 1962, Nr. 2, S. 11) in der Fassung der âZweiten Verordnung Äber die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und Äber die Lohnzahlungâ (nachfolgend: 2. Durchschnittsentgelt-VO) vom 27. Juli 1967 (DDR-GBl. II 1967, Nr. 73, S. 511, berichtigt in DDR-GBl. II 1967, Nr. 118, S. 836) richtete â war stets eine individuelle und gerade keine generelle (etwa alle BeschÄftigten in ihrer Gesamtheit erfassende) BezugsgrÄÃe. Zutreffend ist zwar, wie auch die Beklagte vortrÄgt, dass ein grundsÄtzlicher Rechtsanspruch des einzelnen WerktÄtigen auf eine PrÄmierung in Form von JahresendprÄmie nur dann bestanden hat, wenn es der PrÄmienfonds ermÄglichte, mindestens ein Drittel eines durchschnittlichen Monatsverdienstes fÄr diese Form der materiellen Interessiertheit zur VerfÄgung zu stellen. Zutreffend ist auch, wie die Beklagte weiterhin vortrÄgt, dass Voraussetzung dafÄr war, dass WerktÄtige einen Rechtsanspruch auf die LeistungsprÄmienart âJahresendprÄmieâ dem Grunde nach hatten, dass der Betrieb erarbeitete PrÄmienmittel zumindest in diesem Umfang fÄr die JahresendprÄmie bereitstellte. Dass der konkrete betriebliche PrÄmienfond des BeschÄftigungsbetriebes des KlÄgers in den betroffenen JahresendprÄmienjahren diese Voraussetzungen konkret erfÄllte, ist im konkreten Fall aber hinreichend tatsÄchlich glaubhaft gemacht worden, weil der KlÄger sÄmtliche konkrete Voraussetzungen fÄr einen Rechtsanspruch auf JahresendprÄmie in den streitgegenstÄndlichen JahresendprÄmienjahren erfÄllte. Die Beklagte (und ihr folgend das Sozialgericht) verwischt mit ihrer Argumentation, dass die Anspruchsvoraussetzungen im konkreten Einzelfall dem Grunde nach vollstÄndig glaubhaft gemacht worden sind, wenn sie meint, eine Glaubhaftmachung der HÄhe nach von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes kÄme nicht in Betracht, weil unklar geblieben sei, ob der PrÄmienfond den Mindestbetrag in der MindesthÄhe Äberhaupt zur VerfÄgung

gestellt habe bzw. ob der Betrieb erarbeitete Prämienmittel im Mindestumfang überhaupt für die Jahresendprämie bereitgestellt habe, mithin, ob der Kläger dem Grunde nach überhaupt Anspruch auf Jahresendprämien gehabt habe. Deshalb beinhaltet die Argumentation der Beklagten (und ihr folgend des Sozialgerichts) einen unzulässigen, und deshalb unbeachtlichen, Zirkelschluss (sog. *petitio principii*).

Ä

Für den Zeitraum ab dem Planjahr 1983 unter Geltung der am 1. Januar 1983 in Kraft getretenen Prämienfond-VO 1982 kann ein derartiges oder ähnliches Ergebnis im Hinblick auf einen individuellen Mindestbetrag einer Jahresendprämie nicht mehr festgestellt werden. Die Prämienfond-VO 1982 legte einen Mindestbetrag oder eine berechenbare Mindesthöhe der Jahresendprämie des einzelnen Werkstätigen nicht mehr fest. § 9 Abs. 3 Satz 5 Prämienfond-VO 1982 bestimmte vielmehr nur noch, dass die einzelnen Werkstätigen (bei Erfüllung der für sie festgelegten Leistungskriterien und bei Erfüllung und Übererfüllung der für den einzelnen Betrieb festgelegten Leistungsziele) eine Jahresendprämie annähernd in gleicher Höhe wie im Vorjahr erhalten sollten. Damit wurde in der Prämienfond-VO 1982 abweichend von den bisherigen Regelungen der Prämienfond-Verordnungen 1968, 1971 und 1972 weder eine Mindesthöhe noch eine zwingende Mindestvorgabe festgeschrieben. Insbesondere die Verwendung des Verbs *sollen* in der vorbezeichneten Vorschrift verdeutlicht, dass zwingende oder aus bundesrechtlicher Sicht *justiziable* Mindestbeträge nicht vorgegeben waren, die als generelle Anknüpfungstatsachen gewertet werden könnten. Auch eine *statische Fortschreibung* der zuletzt im Planjahr 1982 unter der Geltung der Prämienfond-VO 1972 ausgezahlten Jahresendprämie des Einzelnen war damit nicht verbunden.

Ä

Soweit sich die Beklagte im Übrigen auf die Urteile des OLG seit 1. Juni 2021 nicht mehr für das Recht der Zusatzversorgung zuständigen OLG 4. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts vom 21. April 2020 in den Verfahren [L 4 R 703/19 ZV](#) (JURIS-Dokument, RdNr. 60) und [L 4 R 461/19 ZV](#) (JURIS-Dokument, RdNr. 63) bezieht, ist darauf hinzuweisen, dass der erkennende Senat OLG trotz Überprüfung OLG keinen Anlass sieht seine begründete und ausgewogene Rechtsauffassung aufzugeben oder abzuändern. Denn die von der Beklagten zitierten Urteile des OLG 4. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts setzen sich mit der eingehend begründeten Argumentation des 5. und 7. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts nicht auseinander, sondern gehen lediglich vom Gegenteil aus und weisen noch dazu darauf hin, dass diese Rechtsfrage in den dort entschiedenen Fällen gerade nicht entscheidungstragend war (wörtlich heißt es dort: *unabhängig von der Rechtsfrage, ob die Prämien-Verordnungen wie vom 5. Senat des Sächsischen LSG und dem Sozialgericht angenommen in den vorliegend streitigen Zuflussjahren von 1977 bis 1983 überhaupt als ausreichende Rechtsgrundlage für einen Rechtsanspruch auf Auszahlung von Jahresendprämien an den einzelnen Werkstätigen in einer gesetzlich bestimmten*

HÄ¶he herangezogen werden können, §§ 101 ff.). Im Ä¶rigen behandelt der erkennende Senat die PrÄ¶mienverordnungen der DDR auch nicht §§ 101 ff. wie die Beklagte meint §§ 101 ff. als Rechtsgrundlage für die Auszahlung der JahresendprÄ¶mien an den einzelnen WerktÄ¶tigen; der Auszahlungsanspruch ergibt sich allein aus §§ 117 Abs. 1 DDR-AGB; insoweit besteht auch keinerlei Divergenz zur Rechtsansicht des 4. Senats des SÄ¶chsischen Landessozialgerichts. Gegenteiliges ergibt sich auch nicht aus dem von der Beklagten angeführten Urteil des Bayerischen Landessozialgerichts vom 24. Oktober 2019 im Verfahren [L 1 RS 2/16](#) (JURIS-Dokument). Denn auch in diesem wird §§ 101 ff. neben dem lediglich fast zehnteiligem §§ 101 ff. Abschreiben aus den Urteilen des 5. und 7. Senats des SÄ¶chsischen Landessozialgerichts §§ 101 ff. nur angeführt, dass die PrÄ¶mienverordnungen keinen konkreten individuellen Anspruch des einzelnen Beschäftigten vermitteln. Davon geht §§ 101 ff. nochmals §§ 101 ff. auch der erkennende Senat aus. Die PrÄ¶mienverordnungen werden vom erkennenden Senat lediglich als §§ 101 ff. generelle Anknüpfungstatsachen bzw. als §§ 101 ff. generelle Tatsachen (vgl. zu diesem Aspekt nochmals: BSG, Urteil vom 30. Oktober 2014 §§ 101 ff. [B 5 RS 2/13 R](#) §§ 101 ff. JURIS-Dokument, RdNr. 19 sowie BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 §§ 101 ff. [B 5 RS 2/18 R](#) §§ 101 ff. JURIS-Dokument, RdNr. 14 ff.) für die JahresendprÄ¶mienhä¶he des einzelnen WerktÄ¶tigen herangezogen, wenn und soweit dieser einzelne WerktÄ¶tige im konkreten Verfahren aufgrund individueller Umstände glaubhaft gemacht hat, dass er im jeweils konkreten JahresendprÄ¶mienjahr die Anspruchsvoraussetzungen nach §§ 117 Abs. 1 DDR-AGB konkret erfüllt hatte. Einen §§ 101 ff. Rechtsanspruch des einzelnen WerktÄ¶tigen auf eine PrÄ¶mierung in Form von JahresendprÄ¶mien aus den PrÄ¶mienverordnungen nimmt der erkennende Senat §§ 101 ff. entgegen der wiederholten Behauptungen der Beklagten §§ 101 ff. weder an, noch leitet er ihn hieraus ab. Die PrÄ¶mienverordnungen dienen lediglich als Hilfsmittel der Glaubhaftmachung der Hä¶he bei Glaubhaftmachung der Bezugsvoraussetzungen dem Grunde nach. Aus diesen §§ 101 ff. bereits aufgezeigten §§ 101 ff. Gründen kann die Beklagte auch nicht mit ihrem Hinweis auf die Urteile des Landessozialgerichts Berlin/Brandenburg vom 10. März 2022 im Verfahren L 17 R 471/19 (JURIS-Dokument, RdNr. §§ 33 ff.) und vom 24. März 2022 im Verfahren [L 17 R 360/19](#) (JURIS-Dokument, RdNr. §§ 37 ff.) durchdringen. Denn §§ 101 ff. wie bereits dargelegt §§ 101 ff. handelt es sich bei der vom erkennenden Senat angewandten Heranziehung der PrÄ¶mienverordnungen (als Hilfsmittel der Glaubhaftmachung der Hä¶he bei Glaubhaftmachung der Bezugsvoraussetzungen dem Grunde nach) nicht um eine §§ 101 ff. wie vom Landessozialgericht Berlin/Brandenburg behauptete §§ 101 ff. §§ 101 ff. konservative Schätzung der Hä¶he der JahresendprÄ¶mie §§ 101 ff.

Ä

Für die vorliegende Sachverhaltskonstellation haben die erläuterten Regelungen damit für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre 1976 bis 1982 und damit für die Zuflussjahre 1977 bis 1983 Bedeutung, weil der Kläger in diesen Jahren den Zufluss von JahresendprÄ¶mien, und damit das Vorliegen der Zahlungsvoraussetzungen, dem Grunde nach glaubhaft gemacht hat. Die Mindesthä¶he ist auch konkret berechenbar, weil sich der durchschnittliche Monatsverdienst des Klägers, ausgehend von dem im Feststellungsbescheid der Beklagten vom 20. September 2001 enthaltenen und auf den Lohnnachweisen und

Lohnauskürfnften des ehemaligen Beschäftigungsbetriebes bzw. der Lohnunterlagen verwaltenden Stelle basierenden Entgelten (Entgeltbescheinigung der Maschinenbau V&U GmbH vom 17. Dezember 1999), hinreichend individualisiert ermitteln lässt. Etwaigen Ungenauigkeiten bei der so zu Grunde gelegten Bestimmung des durchschnittlichen Monatsverdienstes bzw. des monatlichen Durchschnittsverdienstes, der sich nach § 5 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972 nach der 1. Durchschnittsentgelt-VO in der Fassung der 2. Durchschnittsentgelt-VO richtete, trägt die gesetzliche Regelung des § 6 Abs. 6 AAOG hinreichend Rechnung, nach der glaubhaft gemachte Entgelte nur zu fünf Sechsteln zu berücksichtigen sind. Mit dieser Regelung sind Schwankungen die sich aus dem Durchschnittsentgelt nach Maßgabe der vorbenannten Durchschnittsentgeltverordnungen ergeben könnten, hinreichend aufgefangen, zumal diese Verordnungen sowohl für die Berechnung des Brutto- als auch des Nettodurchschnittsverdienstes galten (§ 1 der 1. Durchschnittsentgelt-VO) und der Berechnung des Durchschnittsverdienstes alle Lohn- und Ausgleichszahlungen zu Grunde lagen (§ 3 Abs. 1 der 1. Durchschnittsentgelt-VO), mit Ausnahme von ganz besonderen Zahlungen (§ 3 Abs. 2 der 1. Durchschnittsentgelt-VO), die ohnehin nicht Grundlage des bescheinigten Bruttoarbeitsentgelts waren (unter anderem Überstundenzuschläge, zusätzliche Belohnungen, besondere Lohnzuschläge, bestimmte lohnsteuerfreie Prämien, Untertageprämien, Ausgleichszahlungen bei Teilnahme an Lehrgängen über 14 Kalendertagen, Ausgleichszahlungen infolge ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit sowie Entschädigungen). Anhaltspunkte dafür, dass derartige besondere Zuschläge und Prämien Bestandteil der im Feststellungsbescheid der Beklagten vom 20. September 2001 enthaltenen und auf den Lohnnachweisen und Lohnauskürfnften des ehemaligen Beschäftigungsbetriebes bzw. der Lohnunterlagen verwaltenden Stelle basierenden Entgelte (Entgeltbescheinigung der Maschinenbau V&U GmbH vom 17. Dezember 1999) sind, ergeben sich aus keinem zu berücksichtigenden Blickwinkel.

Ä

Dies zu Grunde gelegt, sind für den Kläger Jahresendprämienzahlungen für die in den Planjahren 1976 bis 1982 erwirtschafteten und in den Zuflussjahren 1977 bis 1983 ausgezahlten Jahresendprämien wie folgt zu berücksichtigen:

Ä

JEP-Anspruchsjahr	Jahresarbeitsverdienst	Monatsdurchschnittsverdienst	JEP-Mindestbetrag (= 1/3)	davon 5/6 (exakt)	JEP-Zuflussjahr
1976	9.034,75 M	752,90 M	250,97 M	209,14 M	1977
1977	10.213,91 M	851,16 M	283,72 M	236,43 M	1978
1978	10.803,34 M	900,28 M	300,09 M	250,07 M	1979
1979	10.082,54 M	840,21 M	280,07 M	233,39 M	1980
1980	11.544,47 M	962,04 M	320,68 M	267,23 M	1981
1981	11.005,40 M	916,87 M	305,62 M	254,68 M	1982
1982	12.536,92 M	1.044,74 M	348,25 M	290,21 M	1983

Â Â

c)

Weil der Kl ager den Bezug (irgend-)einer Jahresendprämie für die Planjahre 1976 bis 1982 in den Zuflussjahren 1977 bis 1983 dem Grunde nach nur glaubhaft gemacht hat, deren Höhe aber weder nachweisen noch über die Mindesthöhe hinaus konkret   glaubhaft machen konnte, kommt eine Schätzung der Höhe dieser Pr mienbetr ge nicht in Betracht (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 15.  Dezember 2016   [B 5 RS 4/16 R](#)   SozR 4-8570   6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr.  16 ff.). Denn eine weitere Verminderung des Beweisma stabes im Sinne einer Sch tzungswahrscheinlichkeit sieht [  6 AA G](#) nicht vor. Hätte der Gesetzgeber eine Sch tzbefugnis schaffen wollen, so hätte er dies gesetzlich anordnen und Regelungen sowohl zu ihrer Reichweite (Schätzung des Gesamtverdienstes oder nur eines Teils davon) als auch zum Umfang der Anrechnung des gesch tzten Verdienstes treffen müssen, nachdem er schon für den strengeren Beweismaßstab der Glaubhaftmachung nur die Möglichkeit einer begrenzten Berücksichtigung (zu fünf Sechsteln) ermöglicht hat. Auch aus [  6 Abs. 5 AAÜG](#) in Verbindung mit [  256b Abs.  1](#) und [  256c Abs.  1 und 3 Satz 1 SGB VI](#) ergibt sich keine materiell-rechtliche Sch tzbefugnis. Rechtsfolge einer fehlenden Nachweismöglichkeit des Verdienstes ist hiernach stets die Ermittlung eines fiktiven Verdienstes nach Tabellenwerten, nicht jedoch die erleichterte Verdienstfeststellung im Wege der Schätzung im Sinne einer Überzeugung von der bloßen Wahrscheinlichkeit bestimmter Zahlenwerte. Die prozessuale Sch tzbefugnis gem   [  287 ZPO](#), die nach [  202 Satz 1 SGG](#) im sozialgerichtlichen Verfahren lediglich subsidiär und  entsprechend  anzuwenden ist, greift hier von vornherein nicht ein. Denn [  6 Abs. 6 AAÜG](#) regelt als vorrangige und bereichsspezifische Spezialnorm die vorliegende Fallkonstellation (ein Verdienstteil ist nachgewiesen, ein anderer glaubhaft gemacht) abschließend und lässt für die allgemeine Sch tzungsvorschrift des [  287 ZPO](#) keinen Raum. Indem [  6 Abs. 6 AAÜG](#) die Höhe des glaubhaft gemachten Verdienstteils selbst pauschal auf fünf Sechstel festlegt, bestimmt er gleichzeitig die mögliche Abweichung gegenüber dem Vollbeweis wie die Rechtsfolge der Glaubhaftmachung selbst und abschließend. Eine einzelfallbezogene Schätzung scheidet damit aus. Hätte der Gesetzgeber eine Schätzung zulassen wollen, so hätte er das Schätzverfahren weiter ausgestalten und festlegen müssen, ob und gegebenenfalls wie mit dem Abschlag im Rahmen der Schätzung umzugehen ist. Das Fehlen derartiger Bestimmungen belegt im Sinne eines beredten Schweigens zusätzlich den abschließenden Charakter der Ausnahmeregelung in [  6 Abs. 6 AAÜG](#) als geschlossenes Regelungskonzept (BSG, Urteil vom 15.  Dezember 2016   [B 5 RS 4/16 R](#)   SozR 4-8570   6 Nr.  7 = JURIS-Dokument, RdNr.  19). Eine Schätzung ist deshalb nur bei dem Grunde nach nachgewiesenen Zahlungen möglich (BSG, Urteil vom 15.  Dezember 2016   [B 5 RS 4/16 R](#)   SozR 4-8570   6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr.  21; BSG, Urteil vom 4. Mai 1999   [B  4 RA 6/99 R](#)   SozR 3-8570   8 Nr. 3 = JURIS-Dokument, RdNr. 17).

Â

3.

Die (in der Mindesth hle in den Jahren 1977 bis 1983 glaubhaft gemachten) zugeflossenen Jahresendprämien als Arbeitsentgelt im Sinne der [    14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV](#), 6  Abs. 1 Satz 1 AA  G waren auch nicht nach der am 1. August 1991 maßgeblichen bundesrepublikanischen Rechtslage (Inkrafttreten des AA  G) steuerfrei im Sinne des    17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB IV in Verbindung mit    1 ArEV (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 23. August 2007    [B 4 RS 4/06 R](#)    [SozR 4-8570    6 Nr. 4](#) = JURIS-Dokument, RdNr.   33-41, ebenso nunmehr: BSG, Urteil vom 15.  Dezember 2016    [B 5 RS 4/16 R](#)    [SozR 4-8570    6 Nr. 7](#) = JURIS-Dokument, RdNr.   13). Es handelt sich vielmehr um gem  te [   19 Abs. 1](#) des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerpflichtige Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt wurden).

 

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf [    183, 193 SGG](#) und berücksichtigt anteilig das Verhältnis zwischen Obsiegen und Unterliegen. Eine vollständige Kostenerstattung kam    trotz der im Berufungsverfahren nur noch für die Zuflussjahre 1977 bis 1983 in der Mindesth hle geltend gemachten Jahresendprämien    nicht in Betracht, weil sowohl im Widerspruchs-, als auch (ursprünglich) im Klageverfahren Jahresendprämien auch für die Zuflussjahre 1984 bis 1990 in Höhle von (mindestens) 70 Prozent des Entgelts des jeweils vorangegangenen Kalenderjahres als glaubhaft gemachtes Arbeitsentgelt begehrt wurden. Wegen des Grundsatzes der Einheitlichkeit der Kostengrundentscheidung war eine einheitliche Kostenquote für das gesamte Verfahren zu bilden.

 

IV.

Gründe für die Zulassung der Revision nach [   160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor.

 

Erstellt am: 17.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024